

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Anzeigenpreise:
a) im Anzeigenteil.
Die Seite . . . 15 Goldpfennige
Familienanzeigen 8 Goldpfennige
b) im Reklameteil.
Die Seite . . . 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag.

Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden.

Gerichtsstand für beide Teile ist Calw.



Calmer & Co. Calw
Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
mehrmalig, mit Trägertlohn.
Postbezugspreis 40 Goldpfennige
ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigenannahme
8 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Liefe-
rung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises.

Sehrsprecher Nr. 9.

Verantwortliche Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele.
Druck und Verlag der
A. Oelschläger'schen Buchdruckerei.

Um die Reichspräsidentenschaft.

Der Wahlkampf für Dr. Jarres.

Dr. Jarres nimmt die Kandidatur an.
Berlin, 13. März. Der Oberbürgermeister von Duisburg, Dr. Jarres, ist am Freitag vormittag in Berlin eingetroffen und hat mit Herrn von Bülow eine Unterredung gehabt, worin er die ihm angetragene Kandidatur für den ersten Wahlgang, gleichzeitig aber auch, was unterstreichen zu werden verdient, für den zweiten Wahlgang angenommen hat.

Der nunmehrige Reichspräsidentenkandidat Jarres wurde 1874 in Remscheid geboren. In Bonn und Berlin, in London und Paris studierte er Rechtswissenschaft. Nach Abschluss seiner Studien trat er in die kommunalpolitische Laufbahn ein. Diese Laufbahn beginnt 1901 in Düren, 1907 ist er Beigeordneter in Köln, 1910 ruft ihn seine Vaterstadt Remscheid an die Spitze der kommunalen Verwaltung, von der er 1914 nur ungern scheidet, um als Oberbürgermeister von Duisburg einen größeren Arbeitskreis zu finden. Als im Januar 1923 Poincaré unter Bruch des gesamten Verfallers Vertrages zur militärischen Besetzung der ganzen Ruhrbevölkerung schritt, war der Oberbürgermeister von Duisburg der erste höhere Beamte und Vertreter einer großen Selbstverwaltung, der mit der Besatzungsbehörde in Konflikt geriet. Die belgische Besatzungsbehörde wies Jarres noch im Januar 1923 aus. Er protestierte und blieb. Gewaltsam abtransportiert lehrte er nacheinander in und sah wieder im Duisburger Rathaus. Jetzt wurde er verhaftet, gefesselt und vor das belgische Kriegsgericht nach Aachen geschleppt und dort zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Dann erneut aus Duisburg ausgewiesen. Seine Arbeit aber galt weiter der bedrohten rheinischen Heimat, die er mit allen Kräften seines tiefen schlichten Wesens liebte. Gelegenheit zu solcher Arbeit bot sich ihm genug, denn Jarres war Vorhändler des rheinischen Provinzialparlamentes und als solcher blieb er in Barmen tätig bis zu seiner Ernennung zum Reichsminister des Innern im November 1923.

Gründung eines Reichsblocks.

Die Parteien und Organisationen, die bisher im Löbbeck-Ausschuss mehr formlos zusammentraten, haben sich jetzt in einer Arbeitsgemeinschaft fester zusammengeschlossen, die unter dem Namen **Reichsblock** die Wahl für Herrn Jarres zu führen beabsichtigt. Vertreter sind darin von den politischen Parteien die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei, bei der allerdings die Zustimmung der Deutsch-Hannoveraner und des Bayerischen Bauernbundes noch aussteht. Die Bayerische Volkspartei wird sich am Samstag erst endgültig entscheiden. Daneben sind aber fast sämtliche nationalen Verbände vertreten und

eine Reihe wirtschaftlicher Organisationen, denen sich wohl noch solche der Angestellten und des Handwerks anschließen werden.

Die weitere Arbeit

Ist nun so gedacht, daß der offizielle Wahlauftritt am Sonntag morgen erscheinen wird. In der kommenden Woche werden dann noch von den einzelnen Parteien und Organisationen getrennte Wahlauftritte für Herrn Jarres veröffentlicht werden. Da sich außerdem für jeden Wahlkreis ein besonderes Wahlkomitee bildet, möglichst unter einem neutralen Vorsitzenden, wird dann der Wahlkampf lokal geführt werden. H. Jarres selbst wird bei der Kürze der Zeit vermutlich nicht allzu oft eingreifen können. Er wird sich am Mittwoch auf einer Delegiertenversammlung vorstellen und will dann noch in vier deutschen Städten, wahrscheinlich in Hamburg, Breslau, Köln und München sprechen.

Die Wirtschaftliche Vereinigung für Jarres.

Berlin, 13. März. Wie die Telegraphenunion erzählt, hat sich auch die Wirtschaftliche Vereinigung offiziell und geschlossen für die Kandidatur Dr. Jarres erklärt. Die hinter dieser stehenden Parteien und Organisationen haben sich heute als Reichsblock konstituiert. Dr. Jarres hat die Kandidatur in einer Besprechung mit dem Reichsblock nunmehr endgültig angenommen. Die noch ausstehende Entscheidung der Bayerischen Volkspartei wird in der morgen in München stattfindenden Sitzung gefällt werden.

Republikanische Sammelkandidatur im 2. Wahlgang.

Berlin, 13. März. Die „B. Z.“ glaubt zu wissen, daß für den 2. Wahlgang eine republikanische Sammelkandidatur März gesichert sei.

Die Propagandareisen der Kandidaten.

Nach einer Blättermeldung aus München wird am Montag abend im Hofbräuhaus der demokratische Kandidat, Staatspräsident Prof. Dr. Hellpach, über „Volkstum, Staatsform und Kultur“ sprechen.

Dr. Simons erste Amtshandlung.

Berlin, 13. März. Der Stellvertreter des Reichspräsidenten, Dr. Simons, staltete gestern dem Reichspräsidenten Löbe und dem Reichstagspräsidenten seinen amtlichen Besuch ab. Im Anschluß daran machte Dr. Simons, der von Staatssekretär Dr. Reigler begleitet war, dem Reichsrat seine Anwesenheit, indem er den preussischen Ministerpräsidenten als den Bevollmächtigten Preußens zum Reichsrat beehrte, an diesem Empfang nahmen der bayerische Gesandte Dr. v. Preger, der sächsische Gesandte Dr. Gradnauer und der württembergische Gesandte Dr. Booser, sowie Staatssekretär Dr. Weismann und Ministerialdirektor Dr. Nobis teil.

Strefemann zur Sicherheitsfrage.

Berlin, 13. März. Der Reichsminister des Außern, Dr. Strefemann, stellte der „Kölnischen Zeitung“ Ausführungen zur Verfügung, worin er auf seine ersten Besprechungen über die Sicherheitsfrage mit Berliner Diplomaten Ende Dezember und Anfang Januar hinweist. Er begründet die deutschen Anregungen zur Sicherheitsfrage damit, daß das Unterwunnsprotokoll des Völkerbundes über die Durchführung der Militärkontrollen und die sich daran knüpfenden Verhandlungen namhafter französischer Politiker Besprechungen erkennen ließen.

entgegen dem Versäiler Vertrag die Frage der französischen Sicherheit durch Sonderbelastungen des Rheinlands zu lösen.

Auch sei mit der Möglichkeit zu rechnen gewesen, daß ein Dreimächte-Pakt zustande käme, der keine Spitze gegen Deutschland gelte und das Vertrauen verweigert hätte, das gegen Deutschland völlig unbegründet heute noch bestehe. Nach einem Rückblick auf frühere erfolgreiche Sicherheitsanerbote der Kabinette Cuno und Strefemann erklärt der Minister weiter:

Da der Widerspruch Frankreichs vor einem etwaigen deutschen Angriff, so völlig töricht er uns erscheinen mag, noch heute weite Kreise der französischen öffentlichen Meinung beherrscht, haben unsere Botschafter und Gesandten in Paris, London, Rom und Brüssel mitgeteilt,

Deutschland sei bereit, einem Sicherheitspakt der inter-

effizienten Mächte am Rhein beizutreten, sei es, daß er sich auf Abmachungen über die Vermeidung eines Krieges beschränke, sei es, daß er die Garantierung des gegenwärtigen Besitzstandes am Rhein zum Gegenstand hätte, und außerdem bereit, zur Befestigung des deutschen Friedenswillens mit allen Staaten Schiedsgerichtsverträge zu schließen. Endgültig formulierte Vorschläge haben wir nicht gemacht, wohl aber die Grundgedanken unserer Anregungen in einem kurzen in den alliierten Hauptstädten übergebenen Memorandum niedergelegt. Wir sind damit für das deutsche Gefühl bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Die Garantierung der Sicherheit der deutschen Westgrenze bedeutet einen schmerzlichen Verzicht im Hinblick auf die Entwicklung der deutschen Geschichte und auf Erinnerungen, die uns ewig teuer sein werden. Aber sie bedeutet auch den Verzicht derjenigen französischen Politiker und Militärs, die nicht verschmerzen können, daß der Vertrag von Versailles die Rheinlande bei Deutschland ließe. Wir wissen, daß die offizielle französische Politik diesen Männern fernsteht. Aber wir wissen, welche nicht auswendigen Folgen es für den euro-

päischen Frieden haben würde, wenn freundschaftliche Hand es verlohne, deutsches Rheingebiet Frankreich einzuverleiben oder in anderer Form von Deutschland zu trennen.

Erst wenn feststeht, daß die heutigen Grenzen am Rhein unter dem Schutze der Waffen aller interessierten Mächte gegenüber einem Friedensbrecher stehen, wird man von einem wirklichen Frieden sprechen können.

Das deutsche Volk hat nur den einen Wunsch, endlich einmal für eine absehbare Zeit in Frieden, Ordnung, Freiheit und Wohlfahrt sich zu entwickeln und unter Innehaltung gegebener Verpflichtungen wieder aufbauen zu können. In diesem Wunsche wissen wir uns einig mit allen Parteien und allen produktiven Kräften unseres Reiches. Wir konstatieren mit Genugtuung, daß der deutsche Schritt eine verständnisvolle Annahme fand und daß Herriot erklärte, daß an Deutschlands gutem Willen nicht zu zweifeln sei. Wir stellen weiter mit Genugtuung fest, daß der englische Außenminister betonte, daß die englische Regierung den deutschen Anregungen größte Bedeutung beimesse, und sie mit größtem Ernst zu prüfen gedente, und begrüßen insbesondere, daß er Englands Hilfe in Aussicht stellt. Wir glauben erwarten zu dürfen, daß die italienische und die belgische Regierung zu einer Unterstützung gleichfalls bereit sein werden.

Um so feltamer sind die maßlosen Proteste der Presse anderer Länder gegen den deutschen Schritt. Wie wenig Deutschland auch auf anderen Gebieten beabsichtigt, eine aggressive Politik zu betreiben, geht aus seiner Bereitschaft zu weitgehenden Schiedsgerichtsverträgen mit allen anderen Ländern hervor. Die Schiedsgerichtsverträge sind ein hervorragendes Mittel für eine wirklame Sicherung des Friedens.

Gegenüber den Behauptungen der polnischen Presse, die deutsche Politik wolle den Nachbarn im Osten überfallen, weil Deutschland keine föhliche Grenze nicht in seinem Garantiepakt mit einbezogen habe, betont der Minister,

daß die Forderung der deutschen Grenze im Osten nicht dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechts der Völker entspreche,

erklärt aber: Deutschland hat nicht die Gewalt, eine Aenderung der Grenzen zu erzwingen, und nicht den Willen, es zu tun. Wenn aber Artikel 19 des Völkerbundstatuts ausdrücklich sagt, daß unanwendbar gewordene Verträge geändert werden können, so kann niemand von Deutschland erwarten, daß es endgültig darauf verzichtet, dieses Refugium einer Entwicklung der Zukunft in friedlichem Sinne auch seinerseits für sich in Anspruch zu

Tages-Spiegel.

Der Kampf um die Reichspräsidentenschaft ist nun bereits in ein akutes Stadium getreten; mit Eifer werden von den Parteien und ihren Kandidaten die notwendigen Vorbereitungen getroffen.

In einem Teil der Berliner Presse wird die Schuld an dem Scheitern der Einheitskandidatur Helfer dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann zugerechnet.

Für einen zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl plant Herr v. Voebell neue Verhandlungen über eine Einheitskandidatur.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann entwickelte in einem Interview die Richtlinien des deutschen Sicherheitsangebots.

Gestern abend kam es auf einer Tagung der kommunistischen Partei in Halle zwecks Stellungnahme zur Reichspräsidentenwahl im Volkspart zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Volks- und Kommunisten.

Die Beratungen über das Genfer Protokoll wurden vom Völkerbundstags einstimmig bis zur Herbsttagung der Völkerbundversammlung vertagt.

nehmen. Deutschland kann nur wünschen, daß die hier bestehenden Differenzen friedlich gelöst werden.

Der Minister weist sodann die Behauptung von einer intransigenten Haltung Deutschlands gegenüber dem Völkerbund zurück, indem er daran erinnert, wie Deutschland mehrfach seine Bereitschaft, dem Völkerbund beizutreten, bekundet habe, und Deutschlands Haltung in dieser Frage eingehend bearundet, sowie ferner betont, daß die Wahrung der Rechte der deutschen Minoritäten in fremden Ländern und namentlich die Frage des Saargebietes Interessen Deutschlands in sich schließt, die es innerhalb des Völkerbundes besser vertreten könne, als dies heute möglich sei.

Nur wehre sich Deutschland gegen die Berücksichtigung, im Falle einer Völkerbundsektion militärischen Beistand zu leisten, den Dutzendstücken fremder Truppen zu gestatten und sich an wirtschaftlichen Bonifitmaßnahmen zu beteiligen, da eine solche Bepflichtung es mit der Kriegserklärung anderer Nationen bedrohen könnte.

Deutschland sei nicht imstande, auch nur seine Grenzen zu ver-

teidigen. Der Minister sagt weiter: Ein Kümi-Mächte-Pakt, wie wir ihn erstreben, kann schwer außerhalb des Völkerbundes stehen. Anstatt der prinzipiellen Bereitwilligkeit Deutschlands, dem Völkerbund beizutreten, wenn auf seine ganz besondere Lage Rücksicht genommen wird, liegt es uns fern, das Prestige des Völkerbundes beeinträchtigen zu wollen. Wenn der gute Wille bei anderen Mächten besteht, auf der Grundlage des erstrebten Sicherheitspaktes mit Deutschland gleichberechtigt zusammenzuwirken, dann wird auch ein Weg möglich sein, um diese Schwierigkeiten zu beheben.

Wir beachten deshalb die Erklärung des englischen Außenministers, daß ein Weg gefunden werden müsse der den Ausgangspunkt für eine wirksame Gründung der europäischen Lage bilden könne.

Deutschland ist bereit, diesen Weg zu gehen. Sein Angebot ist getragen von einer Regierung die in dieser Frage das deutsche Volk fast ohne Ausnahme hinter sich hat. Möge man den großen geschichtlichen Moment zu einer wahrhaften Befriedung Europas zu kommen, nicht vorbeistehen lassen! Dann wird nach der Hera der Verewaltung und des Mißtrauens die Zeit der Verständigung für unseren Erdball kommen.

Der Schiedspruch im Eisenbahnerstreik.

Berlin, 13. März. Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über den Lohnstreik der Eisenbahner haben heute zu einem Schiedspruch geführt, der folgendes bestimmt:

1. Die Arbeit wird möglichst sofort wieder aufgenommen. Mißregelungen finden nicht statt. Infolge des Streiks ausgeschiedene Arbeiter werden spätestens 31. März wieder eingestellt.

2. Die auf die Arbeitszeit bezüglichen Paragrafen des Lohnarbeitsvertrags treten mit Wirkung ab 1. März wieder in Kraft, ebenso besondere Vereinbarungen zu § 3 des Lohnarbeitsvertrags. Diese Arbeitszeitregelung ist bis 31. Oktober 1925 un kündbar. Von einem Ausschuss, der spätestens in der zweiten Hälfte des April zusammentritt, soll geprüft werden, welche Veränderungen für gewisse Personalarbeiten ohne Verringerung der Rentabilität der Reichsbahn möglich sind.

3. Die geltendigten auf den Lohn bezüglichen Paragrafen des Lohnarbeitsvertrags werden mit Wirkung vom 1. März 1925 wieder in Kraft gesetzt. Für die Zeit vom 1. bis 14. März gelten die früheren Löhne. Mit Wirkung vom 15. März werden die Grundlöhne der Höchstaltersstufen um 3 Pfennig erhöht. Die Grundlöhne der übrigen Altersklassen erhöhen sich entsprechend. Die Lohnregelung kann erstmalig am 30. Juni d. J. gekündigt werden. Gekündungsfrist bis Dienstag, den 17. März einschließlich.

Berlin, 14. März. Der Schiedspruch in dem Lohn- und Arbeitszeitkonflikt bei der Reichsbahn-Gesellschaft ist, wie der „Vorwärts“ meldet, mit der Stimme des Vorsitzenden gegen die Stimmen der Arbeitnehmerbesitzer gefaßt worden. Die Gewerkschaften werden bereits heute zu dem Schiedspruch Stellung nehmen.

Zeripflerung — dank Stresemann.

Die Sammellandidatur Geßler für den ersten Gang erledigt. — Das eigenartige Verhalten des Herrn Dr. Stresemann — Die Haltung des Doebellischen Ausschusses. — Vorläufig fünf Kandidaturen. — Ausschließlichkeit des ersten Wahlganges. — Die Möglichkeit einer Einheitskandidatur für den zweiten Wahlgang. — Die französische Politik gegen sofortige Räumung Kölns und gegen den Sicherheitspakt ohne Polen. — Das Genfer Protokoll aus der Erörterung ausgeschlossen.

Berlin, 13. März. Die Kandidatur Dr. Geßler ist — wir wollen es vorsichtig sagen — wenigstens für den ersten Wahlgang erledigt. Trotz der hinausdringenden Haltung des Zentrums, die sehr wesentlich zur Nervosität beigetragen hat, fällt doch die Hauptschuld dafür auf Herrn Dr. Stresemann, dessen Erklärung, eine Reichspräsidentenschaft Dr. Geßlers könnte im Ausland Mißverständnissen begeben, um so merkwürdiger berührt, als derselbe Herr Dr. Stresemann dieselben Bedenken seinerzeit bei der Einbeziehung der Deut'schen in das Kabinett ausdrücklich zurückgewiesen hat. Er war damals im Recht: in innerdeutschen Angelegenheiten können wir uns nicht vom Auslande Vorschriften machen lassen, so wenig wir für uns das Recht beanspruchen, zu entscheiden, ob uns Herr Herriot oder Herr Briand besser gefällt. Infolgedessen muß Stresemanns Verhalten als höchst eigenartig bezeichnet werden, wozu noch kommt, daß er sich selbst in Widerspruch mit seiner Fraktion gesetzt hat. Die Dinge lagen gestern nachmittag noch so, daß die Fraktion unter Führung des Parteivorsitzenden Dr. Scholz zwar an der Kandidatur Dr. Jarres festhielt, was man begreifen kann, da sie sich einmal so weit festgelegt hatte, daß sie aber ausdrücklich die Möglichkeit offen hielt, Jarres zugunsten einer Sammellandidatur, für die in erster Linie Dr. Geßler in Frage kam, fallen zu lassen. Auf diesen Beschluß hin hatten die Demokraten und das Zentrum zugestimmt. Inzwischen aber hat der Parteiausgleich der Volkspartei diesen Beschluß über den Haufen geworfen und sich nur für Jarres ausgesprochen. Ganz klar war allerdings die Formulierung nicht und sie veranlaßte das Zentrum zu einer Rückfrage. Da aber der Beschluß von Dr. Kempkes stammt, der als Vertreter Dr. Stresemanns aufzufassen war, war der Sinn eigentlich klar. So ist er auch von den meisten Blättern empfunden worden und zwar in erster Linie von den volksparteilichen, die draußen im Lande scharf gegen den Außenminister Stellung genommen haben. Wenn nachher im sogenannten Loebell-Ausschuß des Reichsbürgerrats das Zentrum eine Stunde Bedenkzeit verlangte, so war das eine taktische Ungeschicklichkeit, die aber nicht entscheidend in die Waagschale fallen konnte; denn von dieser einen Stunde haben die anderen Mitglieder des Ausschusses 38 Minuten für eine vertrauliche Aussprache in Anspruch genommen. Es handelte sich also um eine Differenz von 22 Minuten, die der Rechten Gelegenheit gab, die Kandidatur Geßler abzulehnen. Wenn wir gut unterrichtet sind, hat dieses Verhalten des Ausschusses nicht nur in den volksparteilichen, sondern auch in den deutschnationalen Kreisen ernste Mißstimmung hervorgerufen, was auch sehr verständlich ist.

Die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftspartei machten noch den letzten Versuch, Dr. Geßler als Kandidaten der Mitte aufzustellen, nachdem sich die Rechte für Dr. Jarres endgültig entschieden hatte. Dabei ist zu beachten — und das kann sehr erheblich für den Ausgang des ersten Wahlganges werden — daß die Wirtschaftspartei und die Bayerische Volkspartei Jarres abgelehnt haben. Das Zentrum hat dann Marx selbständig aufgestellt. Man kann ohne weiteres annehmen, daß es darauf von vornherein hingezielt hat; aber man hätte ihm den Weg versperren können. Nachdem nun das geschehen war, dachten die Demokraten an eine Eigenkandidatur Geßler; doch hat der Reichswehrminister, davon Abstand zu nehmen. Die Demokraten entschlossen sich nun, den badi'schen Staatspräsidenten Dr. Hellpach als Bewerber zu nominieren. Wir haben jetzt also außer der kommunistischen Kandidatur Thälmann und der sozialdemokratischen Braun schon drei bürgerliche, nämlich Jarres, Marx und Hellpach. Dazu kommt wahrscheinlich noch eine des Jungdeutschen Ordens, der mit dem Gedanken spielt, den General von Seeckt aufzustellen. Doch glauben wir kaum, daß sich der General dazu hergeben wird. Andere Organisationen sind gleichfalls auf dem Plan. Es kommt also zu einer allgemeinen Zersplitterung. Ein Ergebnis kann unter diesen Umständen der Wahlgang am 29. März nicht haben. Auch die Blätter der Rechten, wie die „Deutsche Tageszeitung“, rechnen damit, daß er ergebnislos verlaufen muß. Ein Sieg von Jarres ohne Bayerische Volkspartei und Wirtschaftspartei gilt auch auf der Rechten jetzt als ausgeschlossen. Es wäre wohl denkbar, daß man wenigstens für den 26. April eine bürgerliche Einheitskandidatur schaffen wird. Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht auch davon, daß man auf Dr. Geßler zurückgreifen könnte. Wir glauben jedoch, so gern wir das unterstützen würden, nicht, daß noch eine Einigung überhaupt möglich ist. Die Erbitterung der Parteien untereinander hat wieder einen Grad erreicht, der weitere Kämpfe befürchten läßt und wir glauben, daß das Zentrum für den zweiten Gang Marx präsentieren wird, der dann die Stimmen der Sozialdemokraten und vielleicht auch mancher Demokraten erhält. Wir sind also glücklich dort, wo wir ursprünglich waren, beim Kampf zwischen Schwarz-rot-gold und Schwarz-weiß-rot, der bei angemessener Zurückhaltung von Sonderwünschen und Sonderprivatinteressen hätte vermieden werden können.

Die Außenpolitik wird beherrscht von der Genfer Völkervereinbarung. Es muß in diesem Zusammenhang zunächst darauf verwiesen werden, daß der Pariser Auswärtige Ausschuß der Kammer sich gegen eine sofortige Räumung Kölns ausgesprochen hat und ferner gegen einen Sicherheitspakt ohne Polen. Ebenso hat der Senat erklärt, daß ein Sicherheitspakt für Frankreich untragbar wäre, solange Deutschland nicht in den Völkerverbund aufgenommen sei. Die Aufnahme in den Völkerverbund selbst könnte wahrscheinlich erfolgen, wenn man sich über den Artikel 16 irgendwie geeinigt hat. So fassen wir wenigstens auch die Erklärung auf, die Stresemann in einem Interview mit dem Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ abgegeben hat. Es ist dort manches gute Wort gefallen, das wir unterzeichnen könnten; aber die Entscheidung selbst fällt eben in Genf und nicht in Berlin. Das Genfer Protokoll hat man feierlich begroben; und trotz Briand's Rede kann man im allgemeinen den Eindruck nicht ändern, daß Chamberlain das Protokoll beseitigt und den Weg für Sicherheitspakte er-

Amtliche Bekanntmachungen

Wahl des Reichspräsidenten.

Die Gemeindebehörden werden auf die Bekanntmachung des Ministeriums des Innern über die Wahl des Reichspräsidenten v. 10. ds. Ms., (Staatsanz. Nr. 58) hiemit noch besonders hingewiesen.

Danach ist die Wahl des Reichspräsidenten nun endgültig auf Sonntag, den 29. März ds. Js. festgesetzt worden.

Von den für die Gemeindebehörden bei der Durchführung der Wahl in Betracht kommenden Aufgaben werden die nachstehenden hervorgehoben:

1. Die Stimmlisten sind in einfacher Fertigung spätestens bis 19. März ds. Js. unter Beachtung der §§ 2—8 der Reichsstimmordnung aufzustellen.
 2. Nach Fertigstellung der Stimmlisten ist dem Oberamt alsbald fernmündliche Anzeige über die vorläufige Zahl der Stimmberechtigten zu erteilen. Die Anzeigen müssen beim Oberamt spätestens am Morgen des 20. März ds. Js. eingehen.
 3. Die Stimmlisten sind in der Zeit vom 20. bis 23. März ds. Js. zu jedermanns Einsicht auf dem Rathaus auszuliegen.
 4. Vor der Auslegung, also spätestens am 19. März ds. Js. haben die Gemeindebehörden in ortsüblicher Weise bekannt zu geben, wo, wie lange und zu welchen Tagesstunden die Stimmlisten zu jedermanns Einsicht ausgesetzt werden, sowie in welcher Zeit und in welcher Weise gegen die Stimmlisten Einspruch erhoben werden kann.
 5. Ueber die weiter noch bekanntzugebenden Bestimmungen siehe § 2 Abs. 3 und 4, §§ 9 ff. R. St. O.
 6. Die Ausstellung von Stimmzetteln hat unter Beachtung der §§ 6—17 R. St. O. zu erfolgen.
- Spätestens am Tag nach der Wahl, also am 30. März ds. Js. ist die Zahl der ausgestellten Stimmzettel dem Oberamt anzuzeigen, gegebenenfalls ist Zeichnung zu erteilen.
- Spätestens am Mittwoch, den 25. März ds. Js. haben die Gemeindebehörden in ortsüblicher Weise die Abgrenzung der Abstimmungsbezirke, die Lage der Abstimmungsräume sowie Tag und Stunde der Abstimmung bekannt zu machen. Das Oberamt erwartet, daß die Gemeindebehörden dem Wahlgeschäft ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden, insbesondere die festgesetzten Termine genau einhalten.
- Calw, den 13. März 1925. Oberamt: G o e k, A.-B.

Maul- und Klauen, auch.

Die Maul- und Klauen, auch in der Gemeinde Althengstett Oberamt Calw ist erloschen. Die am 9. Januar 1925 für diesen Seuchenfall getroffenen gesundheitspolizeilichen Maßregeln werden mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Die Gemeinde Althengstett fällt zur Zeit noch in den 15 Kilometer-Umkreis.

Calw, den 13. März 1925. Oberamt: G o e k, A.-B.

Opner hat Briand hat schließlich die Eisenbahnverträge als wünschenswert bezeichnet, wenn er auch wieder betonte, daß die kleineren Staaten nicht preisgegeben werden dürfen. Die Dinge stehen also vorläufig unverändert, nur mit dem Unterschied, daß das Genfer Protokoll aus der Erörterung ausgeschlossen ist. Wenn Chamberlain am Samstag nach Paris abreisen wird, dürfte die weitere Entwicklung sich rascher vollziehen.

Die Veriagung d. Genfer Protokolls

Die Antwort Briand's an Chamberlain.

Genf, 12. März. Die Nachmittagsitzung des Völkerverbundes begann mit der Rede Briand's. Die Erklärungen Chamberlain's, sagte Briand, waren von ungewöhnlicher Bedeutung und werden einen tiefen Eindruck bei allen Völkern hinterlassen. Ich habe erst heute morgen den Wortlaut der englischen Erklärung kennengelernt. Wir Franzosen sind die ersten, die das Protokoll unterzeichnet haben und darum habe ich ein besonderes Recht, es zu verteidigen.

Die Vorbehalte der englischen Regierung zu dem Genfer Protokoll entspringen aus den edelsten Gefühlen. Trotzdem erscheint mir ihre Kritik nicht gerechtfertigt.

Wenn man die Hoffnung hegt, den Frieden zu sichern, so wird man viel vom Krieg sprechen müssen. Das Protokoll hat versucht, den Krieg zu bannen. Ob es ihm gelingen wird, ist eine andere Frage. Die großen Hoffnungen auf den Frieden tauchten im September am politischen Horizont auf. Vier Wochen lang wurde an der Verwirklichung dieses schönen Gedankens gearbeitet und die Verammlung blie dem Geiste des Völkerverbundes treu. Wir können heute dieses große Werk nicht verleugnen. Briand sucht dann die Einwände Chamberlain's gegen einige Punkte des Protokolls zu entkräften. Wer hätte nicht das Fehlen der Vereinigten Staaten im Völkerverbund bedauert? Aber der Völkerverbund beweist auch so eine große Macht, wenn auch sein hohes Ziel durch das Fehlen großer Staaten nicht verwirklicht werden kann. Frankreich verliert nicht die Hoffnung, daß sich auch die Vereinigten Staaten mit der Zeit einfinden werden. Der Völkerverbund werde sich hierdurch in seinem Vorwärtsschreiten nicht aufhalten lassen. Ich sehe in der heutigen Lage nichts Entmutigendes.

Die großen und die kleinen Staaten suchen die Sicherheit.

Das Protokoll soll sie ihnen geben.

Das Protokoll macht den Staat, der einen Krieg beginnt, zum Angeklagten, zum Verbrecher, den Krieg selbst zu einem Verbrechen. Nach dem Protokoll befindet sich der Angreifer einer geschlossenen Zahl von Staaten gegenüber. Der Angreiffene ist keineswegs seinem Schicksal überlassen, wie es die britische Regierung hinzustellen versucht. Ich sehe in den Worten meines Freundes Chamberlain keine entscheidende Absage an das Protokoll. Ich bin und bleibe Optimist. Meine Regierung bekennt sich, wie bisher, offen zum Protokoll, das allen den Frieden geben will. Die Völker soll an den Völkerverbund glauben. Nicht nur kleine Streitigkeiten soll er in Zukunft schlichten, er soll auch in wichtigen Streitfragen vermitteln und urteilen. Ich sehe kein anderes Mittel, Streitfälle der Staaten untereinander zu lösen. Darauf verlas Briand eine nachdrückliche Erklärung der französischen Regierung für das Protokoll.

Die Streiffrage.

Scialoja-Italien äußerte sich im Sinne der britischen Erklärung und unterstrich die Wichtigkeit der Sonderverträge. Graf Tshii-Japan will das Protokoll nicht näher erörtern, da die japanische Regierung noch keine Zeit gehabt habe, es eingehend zu prüfen und eine Entscheidung zu treffen. Das Protokoll werde von ihr wegen der hohen Ideale, auf denen es beruhe, mit Sympathie begrüßt. Symans-Belgien erklärte, das Protokoll bedeute

einen weiteren großen Fortschritt, sei jedoch noch unvollkommen, da es die Sicherheitsfrage noch nicht endgültig regelt. Der beschrittene Weg dürfe aber nicht verlassen werden. Die Welt sei in fiebernder Angst vor kommenden Kriegen. Die brit. Regierung habe, da das Protokoll für besondere Fälle nicht ausreiche, Sonderverträge vorgeschlagen. Der gleichen Auffassung sei Belgien stets gewesen und teile sie auch heute noch. Mello Franco-Brasilien, Quinones de Leon, Spanien und Ghani (Uruguay) gaben die Zustimmung ihrer Regierungen zum Protokoll. Unden-Schweden sagt, daß die schwedische Regierung die Prüfung des Protokolls noch nicht beendet habe und in der Herbstversammlung des Völkerverbundes neue Zusatzanträge einzubringen beabsichtige. Venech-Tschechoslowakei, der Vater des Genfer Protokolls, bittet seine Erklärungen erst Freitag abgeben zu dürfen. Er werde dem Rate dann auch eine Entscheidung vorlegen, die er vorher noch mit den einzelnen Mitgliedern besprechen möchte.

Die Hoffnungen auf die Herbsttagung.

Genf, 13. März. Die heutige Sitzung des Völkerverbundes wurde durch die Ausführungen des tschechischen Außenministers Dr. Venech eröffnet. Dieser erklärte u. a.:

Die Tschechoslowakei hat sich stets für das Protokoll eingesetzt und bekennt sich noch heute voll und ganz zu ihm.

Ich bin mir stets voll bewusst gewesen, daß das Protokoll ein unvollendetes Gebilde ist, das viele Lücken aufweist, die erst durch Verhandlungen und durch die späteren Erfahrungen beseitigt werden können. Die Anschauung der britischen Regierung, das Protokoll sei eine Kriegsmaschine und kein Friedensinstrument, kann ich nicht teilen. Das System von Sonderverträgen, wenn es unter der Regide des Völkerverbundes in Angriff genommen werden sollte, würde unweigerlich zu einem neuen Protokoll hinüberführen. Ich verwerfe mich den englischen Vorschlägen nicht, ich sehe in ihnen die wertvollste Ergänzung unserer bisherigen Arbeit. Ich hoffe, daß auch unsere weiteren Arbeiten in der Vollversammlung im kommenden Herbst uns ein Schritt vorwärts bringe. Ich gestatte mir, dem Rat folgende Entscheidung vorzulegen:

Nachdem der Rat die Ausführungen der Ratmitglieder über das Genfer Protokoll angehört hat, beschließt er, der sechsten Völkerverbundsversammlung die Reden der Ratmitglieder zu unterbreiten und die Arbeiten, die der Rat aufgrund des Protokolls in Angriff genommen hat, gleichfalls bis zur Eröffnung der Vollversammlung im Herbst hinauszuschieben.

Chamberlain erklärte im Namen der britischen Regierung sein Einverständnis und wies darauf hin, daß England dem Grundgedanken der Sicherung des Schiedsgerichts und der Entwaffnung stets treu bleiben werde. — Darauf wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Politische Umschau.

Bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über den Eisenbahnerstreik wurde ein Schlichtungsausschuß eingesetzt. Das Reichsarbeitsministerium sprach die bestimmte Erwartung aus, daß während der Dauer der Schlichtungsverhandlungen jede Verschärfung der Situation vermieden werde, worin sich die Parteien einverstanden erklärten. — Die Streikfrage ist rasch wie vor unverändert. Die Zahl der Streikenden beträgt 5300.

Mit Rücksicht auf die bevorstehende Reichspräsidentenwahl wurde das Verbot der sächsischen kommunistischen Presse wieder aufgehoben.

Der Plan, in diesem Jahre eine Volkszählung zu veranstalten, wurde vom Reichstag genehmigt. Mit der Volkszählung soll eine Zählung verschiedener Tatsachen des Wirtschaftslebens, so über die Lage des Handwerks und über die Entwicklung der Korzerne verbunden werden.

Danzig wird gegen den Beschluß des Völkerverbundes, zur Behandlung der Danziger Frage eine Sonderkommission einzusetzen, energischen Protest einlegen, da der Versailler Vertrag für die Streitfragen zwischen Danzig und Polen nur zwei Instanzen vorsieht, den Kommissar des Völkerverbundes und den Völkerverbund.

Die polnische Regierung hat die Ausweisung aller im Festungsbereich Polen geduldeten Ausländer aus dem Gebiet der Republik Polen verfügt. Diese Maßnahme richtet sich einzig und allein gegen die Deutschen, da außer ihnen kaum Ausländer in Betracht kommen.

Der Völkerverbund hat die Entscheidung in der Frage der Militärkontrolle in der unmittelbaren Rheinlandzone bis zum Juni verschoben.

Der deutsche Gesandte in Bern, Adolf Müller, ist in Genf eingetroffen.

Nach Meldungen Pariser Blätter, die sich über die fortwährenden geheimen Verhandlungen hinter den Kulissen bezweifelnd, ist der deutsche Volkshafter v. Hoelz wiederum eine Stunde bei Herriot gewesen.

Nach Chamberlain's Rede für das Genfer Protokoll sprach Briand den französischen Standpunkt dahin aus, daß in den Erklärungen Chamberlain's keine absolute Ablehnung des Protokolls zu sehen sei und daß man durch Abänderungen und Zusätze zu dem Protokoll zu einem praktischen Ziel kommen könne. — Dann sprach sich der italienische Vertreter Scialoja im Sinne Chamberlain's aus.

Reichstag.

67. Berlin, 13. März. Nach einer ziemlich erregten Geschäftsordnungsdebatte, deren Ergebnis die Ablehnung eines neuerlichen kommunistischen Antrags auf sofortige Behandlung des Eisenbahnerstreiks war, nahm der Reichstag das Gesetz über die Volks-, Berufs- und Betriebszählung im Juni an. Die Vorlage über die technischen Vorbereitungen der Wahl des Reichspräsidenten wurde ebenfalls verabschiedet, wobei ein Antrag der Deutschen Volkspartei, die Stimmabgabe für eine nichtvorgeschlagene Person auszuschließen, abgelehnt wurde. Dann wurde das Gesetz über die Aufstockung der Renten in der Angestelltenversicherung angenommen, wobei die Regierung für April die Einbringung einer Vorlage zur Erhöhung der Versicherungsgrenze auf 6000 M. ankündigte. Nach Erledigung kleinerer Angelegenheiten erfolgte Vertagung bis Dienstag.

Reichert. Gummi-Mäntel
Vom Guten — Besichtigen Sie ungeniert
das Beste! mein Sortiment, ehe Sie
Ihren Bedarf decken!

Simmozheim.
Achtung Landwirte!
Für die kommende Bedarfszeit empfehle
ich mein Lager in

sämtlichen Düngemitteln
wie

- | | | |
|--------------------------|----------------------|-----------------------------|
| Thomasmehl | Rothtee | in verschieden. |
| Supperphosphat | Luzerne | Qualitäten, 40-45 Prozentig |
| Schwefel-Ammoniak | Wicken (Rödings) | u. gar unter |
| Natronalpeter | Erper (doppeltgülig) | seide rei |
| Kalialz (10 e) | Zin (Heller) | |
| Kalkphosphat | eroben | |
| Harnstoff | Kunnesamen | (Eiweißkörner) |
| Vorwühl | | |
| jowie alle Selbstfäherer | | |

bei günstigen Zahlungsbedingungen.
Ludwig Linkenheil.
Fernsprecher Nr. 2.

Jedes Kind läuft
früher und entwickelt sich
besser, wenn es
Lebertran oder
Lebertran-Emulsion
bekommt. Die wohlschmeckende Emulsion wird von jedem Kinde gern genommen u. leicht vertragen. Die Emulsion fördert die Knochenbildung des Kindes!
Machen Sie sofort einen Versuch!
Ritterdrogerie Calw.

Herren- u. Burden Konfektionsgeschäft
im 1. Stock.
Zur Konfirmation und Kommunion empfiehlt in schöner Auswahl
Anzüge
von Mark 55.-, 45.-, 42.-, 38.-, 35.-, 32.50, 28.-, 24.-
in blau, schwarz und gestreift
Franz Graiz, Pforzheim,
Leopoldstrasse 7a.

Husten, Atemnot, Verschleimung,
Schreie allen Leidenden gern umsonst, wozu sich schon viele Tausende von ihren schmerzhaften Lungenleiden selbst befreiten. Nur Rückmark-erwünscht.
Walter Althaus,
Heiligenstadt (Eichsfeld) G. 14.

PFORZHEIM.
SCHMID BUCHWALDT
Westliche 23.
FÜGEL-PIANOS HARMONIUMS
ALLE ERSTERE FÜRNIEN
ZU MILDIGEN PREISEN
KLAVIERSTIMMEN
SCHNELL U. FACHMÄNNICH

Bettfedern
werden gereinigt
bei
Franz Mann,
Kronenstrasse 106.
Zu verkaufen:
in Liebenzell
1 schöner

Bauplatz
Größe etwa 1 Morgen.
Angebot unter K 9 60 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Knecht-Gesuch.
Suche zu baldigem Eintritt jüngeren, braven und fleißigen
Burschen
welcher mit einem Pferd umzugehen versteht
Karl Kriebel z. Lamm,
Huchensfeld b. Pforzheim.

Creditbank
für Landwirtschaft und Gewerbe in Calw
e. G. m. b. H.

Die **Generalversammlung**
findet am
Sonntag, den 15. März 1925, nachm. 2 1/2 Uhr
im Gasthof zum „Rößle“ in Calw
statt.

- Tagesordnung:**
1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr, Genehmigung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.
 2. Entlastung des Vorstands,
 3. Verwendung des Reingewinns,
 4. Ergänzungswahl des Vorstands (Bank Kontrollleurs),
 5. Ergänzungswahl des Aufsichtsrats
 6. Festsetzung der Höchstätze im Sinne des § 30 Abs. 2 der Satzung.
 7. Entgegennahme des Berichts über die von Herrn Verbandsredaktor Schumacher am 3. und 4. Oktober 1924 vorgenommene Revision unserer Bank,
 8. Auszahlung der Gewinnanteile aus vollen Geschäftsanteilen.
- Wir laden unsere Mitglieder zur Teilnahme an der Versammlung freundlichst ein.
Calw, den 5. März 1925.
- Für den Vorstand: **Georg Wagner**
Für den Aufsichtsrat: **Franz Schönlen sen.**

Gerade für Wollwäsche-
Persil
Jumper, Westen, Strickkleider, all die modernen Sachen in ihren mannigfaltigen Arten und Farben, lassen sich hervorragend mit Persil waschen; sie werden prachtvoll im Aussehen und behalten die Form. — Man wäscht Wollsachen natürlich immer handwarm.

Haarspannen
repariert
S. Obermatt, Friseur.
Wegen Pacht-
aufgabe auf
1. April ver-
kaufe einen
erstklassigen 9 Monate alten

Zuchteber
(veredeltes Landschwein)
auch sofort auf
einen
alt. abgängig. Eber
wenn auch nicht so schön,
rot oder schwarz
Th. Hauber Simmozheim
Ein Paar starke

Läufer-Schweine
hat im Auftrag zu verkaufen
Der Obige.

Mädchen-Gesuch.
Zu baldigem Eintritt suche ich ein ehrliches, zuverlässiges
Mädchen

das möglichst schon in Stellung war für Küche und Haushaltung bei familiärer Behandlung. Gelegenheit zum Kochenlernen geboten.
G. Roth, Sägewerk, Flacht M. Leonberg.

Abt. Gebhardt'sche Kloster-Lebensessenz
Magen, Herz u. Nerven, macht frisch u. gesund.
Klosterlabor Alpirsbach W.
Flasche zu Mark 1.30 u. 2.50 in allen Apotheken.

Rein überseeischen
Rippen-Tabak
1/2 Pfd. 50 Pfg.
100 gr. 20 Pfg.
bietet an

Fried. Pfeiffer, Vorstadt.
Versand per Nachnahme.

Zu verkaufen:
1 schwarzseidenes Taftkleid mit 2 versch. Blusen,
für mittelstarke Figur, ebenso eine
gebr. Badewanne
email. gußeis. Zu erfragen bei der Geschäftsstelle ds. Bl.

KATHREINER'S MALZKAFFEE
ist doch der wirkliche
Erlatz für den heute so
teuren Bohnenkaffee!
— 1 Pfund nur 50 Pfg. —

Pfeiffer & Dorn, Sägewerk, Mithensstett
geben hiermit bekannt, daß sie zur Zeit einen
Vollgatter aufstellen und somit in der Lage sind
alle Arten von
Stammholz
im Lohnschnitt zu übernehmen
und bitten um geeigneten Zuspruch.
Holz kann sofort beieführt werden.

Für die
Leinenspinnerei Schornreute
in Ravensburg-Württ.
übernehmen jederzeit
Flachs, Hanf u. Abwerg
zur Lohnverarbeitung zu Gornen, Zwernen, glatten Ganz- und Halbkleinen, roh und gebleicht für jeden Verwendungszweck, Hanos, Münds- und Tisch-Tücher, Zwische und Drelle, farbige Betts u. Schürzenzeuge u. f. w. wovon Muster zur Auswahl aufliegen.
Höchstmögliche Ausbeute der überlassenen Spinnstoffe, rasche Rücklieferung, einwandfreie Bedienung und billigste Berechnung wird zugesichert.
Es empfehlen sich höflich:
Fr. Prommer in Javelstein; Gjr. Mann in Stammheim; Friedr. Schönlen in Liebenzell; Dito Stiefel, Witwe, Calw; I. G. Hall in Neumweiler; Wilt. Wagner in Dielsheim.

Gesucht nach Hannover
ehriches fleißiges
Mädchen
in kleinen Haushalt. Hin-
reise wird vergütet. Nähere
Auskunft erteilt
Frau Schrag,
Bischofstraße 489.

Husten Sie?
Rapid und sicher helfen
Dr. So dan's
Hustendobbons.
z. B. Ritterdrog. Kitzbushl.

Zur Konfirmation!
Empfehle mein
reichhaltiges
Lager in
Uhren
jeder Art
Gold-, Silber- und Metall-waren
(Bestecke Service etc.)
Reparaturen prompt und zuverlässig.

Ernst Schönlen, Bad Liebenzell.



Alle Musikinstrumente
für Haus und Orchester von den ein-
zigsten Schülern bis zu den feinsten
Instrumenten, aller Zubehör, Saiten u. f. w. in reicher
Auswahl empfiehlt
Musikhaus Curth,
Pforzheim, Leopoldstr. 17
Verkauf von Musikinstrumenten
Großhandlung Einzelverkauf
Ausführung all. Reparaturen
und Stimmen.
Ankauf alter Geigen u. Cello

Garantiert rein. erstklassigen
Qualitäts-Bienen
Honig
(keine minderwertige Aus-
landsware) verwendet in Post-
kollektionen von 1 Pfd. an Groß-
imkerer: Geiersbach 1. Sa.
Billigster Preis auf Anfrage.

Lichtspieltheater Bad. Hof.

Morgen Sonntag mittags 3 1/2 Uhr
und abends 8 Uhr:

Weibliche Junggefallen

Filmspiel in 6 Akten

Als Einlage: Eddie Polo.

Die geheimnisvollen Bier

5. Episode: Flüssiges Gold. 12 Akte.

Konzert Morlang muß infolge Erkrankung abgesagt werden.

Bereits gelöste Karten werden
in der Buchhandlung Häußler
zurückgenommen.

Samstag u. Sonntag

Hausgemachte



Würste

wozu höflichst einladet

Gottlob Niethammer,
Marktplatz.

Straßen-, Sport- u. Gesellschaftskleidung

für Herren

Lamen-Kostüme und Mäntel

nach Maß

in toller, eleganter Ausführung.

Hermann Münz, Maßschneiderei,
Calw :: Postgasse 133.

Konfirmationshüte

schwarz und farbig.

Große Auswahl.

Mäßige Preise.

W. Schäberle, Hutmacher

Geschäftseröffnung und -Empfehlung.

Ab Montag steht ein Transport

französischer und belgischer

Pferde



leichten und schweren Schlags

in meinen Stallungen hinter Hotel „Post“
zum Verkauf. Kauf sowie Tauschliebhaber
werden freundlichst ein-

Wilhelm Binder, Nagold
Fernsprecher 145.

Ich habe einen Posten

Damentaschen

in bester Qualität aufgekauft. Mein

Schaufenster

überzeugt Sie v. deren Preiswürdigkeit

Fr. Häußler, Calw.

Statt Bohnenkaffee
den billigen

Kornfrank
er ist fein
und im Geschmack
sehr ausgiebig

Zum Bohnen- und
Getreidekaffee

Aecht Frank
er verbessert
Geschmack u. Farbe
u. verbilligt das Getränk

Roggen = Feinbrot

(Hamburger Art)

rund und lang 1 Kilo 48 Pfg. empfiehlt

Fr. Pfrommer, unt. Ledereck.

Zum Hausbedarf:

Stoff-Farben zum Selbstfärben in allen
Farben vorräthig. Blusenfarben zum Auffärben
von Blusen. Aufbürstfarben zum Auffrischen
verbleibter Stoffe. Stoffüberzüge usw.

Zum Gardinencremen:

Cremerfarben in allen Nuancen. Flüssige
Cremerfarben, Cremeseife, Cremestärke.

Ritterdrogerie Calw.

E. J. Wolf

Pforzheim

Zerrenstraße 3.

Zur Konfirmation:

Reichhaltige Auswahl in erstklas-
sigen Kleiderstoffen in Wolle,
Crépe de Chine, Crépe Marocain
und Samt.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

Vieh-Verkauf.

Von kommenden Montag, d. 16. ds. Mts.
habe ich in meiner Stallung
in Wildberg

einen großen Transport

erstklassiger, junger



Milchkühe, hoch-
trächtiger Kal-
binnen, sowie ge-
wöhnliche Stiere

zum Verkauf, wozu Liebhaber einladet
Hermann Hopfer.

Fertige Diwane

u. d.

Chaiselongues

stets am Lager

solide Ware bei

Adolf Junginger

Tanzergeschäft

obere Marktstraße 31.

Pfannkuch & Co

Zur Kostbereitung

entkernte

kalifornische

Rosinen

Kiste ca. 27 Pfd.

Mk. 8.00

Heinen's-,

Zapf's-

und

Steigerwald-

Mostanfang

Pfannkuch & Co

G. m. b. H.

in den besagten
Verkaufsstellen

Wasserglas

hell und geruchlos

empfiehlt

Ch. Schlatterer.

Einige Zentner sehr gute

Kartoffeln

gibt ab, evtl. auch pfund-
weise

Carl Frohmüller,

Bücker.

Stadtkirche Calw.

Sonntag, 15. März 1925, 8 Uhr:

Abend-Feier mit Lichtbildern

„Glaubensstreue“

aus der Helden- und Märtyrergeschichte
der christlichen Kirche

gelesen von

Stadtpfarrer Laugmann - Zuffenhausen

Mitwirkung des Kirchengesangsvereins.

Herzliche Einladung!

Kirchengemeinderat.



Bezirks-Obstbauverein

Calw.

Sonntag, den 15. März, nachm. 2 1/2 Uhr:

Generalversammlung

in der Restauration Weiß (Badstraße).

Tagesordnung: 1. Rechnungs- und Kassenbericht.

2. Neuwahlen.

3. Vorträge von Oberamtsbaumwart

Widmann über Umpfropfen

der Obstbäume und von Kauf-

mann Knecht über Beerenobst.

4. Gründung von Ortsvereinen.

Zu dieser Versammlung werden alle Obstbaufreunde

- Männer und Frauen - freundlich eingeladen.

Der Ausschuss.



Bezirks-Ziegenzucht-

Berein Calw.

Am Sonntag, den 15. März ds. Js., nachmittags

2 Uhr findet bei Mitglied Lnh. Schleichberg

Generalversammlung

statt, wozu die werthen Mitglieder freundlich eingeladen sind.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung, Buchhaltung usw., er-
fordert vollzähl. Erscheinen.

Der Vorstand.

Mäntel

für Frühjahr und Sommer

Windjacken

für Damen und Herren

in großer Auswahl bei

Gustav Bucherer,

Altensteig.

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“.

Von Montag, den 16. März steht in
unserer Stauung

in Calw im „Löwen“

ein großer Transport



erstklass. starker
jung Milchkuhe,
trächtiger Kühe,
hochträchtiger

Kalbinnen, sowie starke Stiere

worauf wir Bestellungen entgegennehmen
Rubin und Max Löwengart.